

GROSSER RAT

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission
Subkommission DIV



Grossratsgeschäftsnummer: 20 / BS 44 / 383
Rechtsbuch-Nummer: -
Departement: DIV

Bericht der GFK-Subkommission DIV zum Budget 2023 und zum Finanzplan 2024–2026

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DIV:

Präsidentin: Corinna Pasche-Strasser, Bischofszell
Mitglieder: Bernhard Braun, Eschlikon
Stefan Leuthold, Frauenfeld
Martin Salvisberg, Amriswil

Allgemeine Bemerkungen zum Budget 2023 und Finanzplan 2024–2026

Für das Budget 2023 wird mit einem Aufwand von 341.4 Mio. CHF gerechnet. Dieser ist um rund 8.5 Mio. CHF höher, als der im Budget 2022 berücksichtigte Aufwand. Der mit 244.9 Mio. CHF budgetierte Ertrag übersteigt den im Budget 2022 berücksichtigten, um 7.0 Mio. CHF. Insgesamt werden ca. 1.4 Mio. CHF mehr Nettoaufwand ausgewiesen. Diese Steigerung ist vor allem auf vier Kontogruppen zurückzuführen. ÖV, Amt für Informatik, Amt für Wirtschaft und Arbeit sowie den Arenenberg. Die vorgesehenen Nettoinvestitionen sind 11.0 Mio. CHF.

Vorbemerkungen

Zu den üblichen Themen kommen die Fragen rund um die Energieversorgung, die unter anderem im «Kantonalen Führungsstab» in der Fachgruppe Energie 2022/23 bearbeitet werden, hinzu.

Das Netz ist nicht dafür ausgelegt, dass einzelne Betriebe, Bereiche oder Strassenlampen separat an- oder abgeschaltet werden können. Deshalb ist es wichtig, es erst gar nicht soweit kommen zu lassen, genügend wirksame Sparmassnahmen vorab einzuleiten.

Wie sich der Sparappell des Bundes bis jetzt ausgewirkt hat, ist vom Kanton statistisch noch nicht erhoben worden.

Die Anforderungen, wie auch die Aufgaben, die die Gesellschaft an die kantonale Verwaltung hat, steigen sukzessive.

So ist ein strategisches Ziel der Verwaltung der Ausbau der elektronischen Behördendienste. Doch dies kann nicht ohne zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen erfolgen.

Personelle Anpassungen fürs 2023 werden in den folgenden Ämtern vorgesehen:

Staatsarchiv:	Für die Abarbeitung der riesigen Menge an Archivgut
Amt für Informatik:	Für den Ausbau der digital verfügbaren Dienstleistung

2/7

Amt für Wirtschaft und Arbeit:	Für den Ausbau des Arbeitsinspektoriats, damit sichergestellt werden kann, dass die Minimalvorgaben eingehalten werden können. Projektleiter für zusätzliche Aufgaben im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsleitbild TG, dem Innovationsförderungsreform, dem Innovationsfond, Weiterentwicklung Technokogieforum TG, usw.
Arenenberg:	Für die Bioberatung FiBL-Arenenberg, Beratung Biodiversität, Beratung Pflanzenbau und Umwelt, Gärtner
Veterinäramt:	Für die Administration, aufgrund der Reorganisation fallen zusätzliche administrative Arbeiten an.

Antworten auf die an alle Ämter gestellten Fragen:

Ursprünglich wurden im Rahmen des Budgetprozesses 2023 für 26.55 Stellen (Vollzeit-äquivalente) einen Stellenplanantrag eingereicht. Dazu kam ein Stellenplanantrag zur Ergänzung einer SECO-Stelle um 10 % (refinanziert).

Mit Ausnahme des Amtes für Informatik und des Amtes für Wirtschaft und Arbeit sind in allen Ämtern mit unterschiedlichen Begründungen Kürzungen bei den Stellenplananträgen erfolgt.

Aufgrund der erheblichen Teuerung hat der Regierungsrat entschieden, 1.5 % integral für eine generelle Besoldungsanpassung zu verwenden. Der Teuerungsausgleich steht 2023 an erster Stelle. Wie in der Vorstellung des Budgets in der GFK informiert, stehen für die individuelle Wertschätzung von Mitarbeitenden die Instrumente der ausserordentlichen Leistungsprämie für herausragende Einzelleistungen, der strukturellen Lohn-erhöhung (Ausweitung des Verantwortungsbereichs oder Abschluss einer Weiterbildung) und der nicht-monetären Wertschätzung zur Verfügung.

Die Beurteilung hinsichtlich Notwendigkeit der beantragten Stelle, basiert auf den Inputs aus den regelmässigen bilateralen Gesprächen mit den Amtsleitern. Dabei wird geprüft, um welche Aufgaben es geht, ob es sich um eine Spitzenbelastung oder eine Dauerbelastung handelt, ob es mögliche Alternativen gibt, ob eine Streichung oder Verschiebung unverantwortbare Risiken beinhaltet. Gleichzeitig werden die Zeit- und Ferienguthaben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinzugezogen.

Budget 2023

3010–3015 Generalsekretariat

Die Abteilung Energie ist in den letzten zehn Jahren sukzessive gewachsen, insbesondere auch durch die enge und erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Kanton Schaffhausen. Parallel dazu haben Anforderungen und Komplexität des Energiethemas deutlich zugenommen. Die Bildung eines Amtes war die letzten Jahre immer wieder ein Thema. Mit der vom Regierungsrat aufgestellten kleinen Ämterreorganisation, bei der die interne Organisationsstruktur auf ihre Zweckmässigkeit überprüft wurde, war der richtige Zeitpunkt für diese Aufwertung gekommen.

Mit der Bildung eines Amtes wird einerseits der politischen und gesellschaftlichen Relevanz der Energienutzung und -versorgung Rechnung getragen und andererseits sind damit erweiterte Kompetenzen (finanziell, personell, administrativ) verbunden.

Die Abteilung ÖV hat natürlich auch eine grosse Aussenwirkung, ist aber aufgrund der Struktur und der Anzahl Mitarbeiter eindeutig zu klein für ein eigenes Amt.

Für einen Stundentakt der Linie S44 sind weitere Ausbauten im Raum Weinfelden nötig, für deren Umsetzung es noch keinen Terminplan gibt. Sobald die Abklärungen erfolgt sind, ist klar, ob diese umsetzbar sind. Für die Realisierung der Infrastruktur wird mit vier bis fünf Jahren gerechnet. Ein S44-Stundentakt könnte so frühestens Ende 2026 eingeführt werden.

Auch die Nachfrage nach der S7 nach Bregenz-Lindau hat sich sehr erfreulich entwickelt.

Generell ist zu erwähnen, dass sich die Passagierzahlen seit der Aufhebung der Covid-Massnahmen besser als erwartet entwickelt haben. Die zurückgelegten Personenkilometer im Kanton Thurgau liegen aktuell noch knapp 5 % unter den Zahlen des Jahres 2019.

Obwohl auch die Corona-Pandemie im öffentlichen Verkehr ihre Spuren hinterlassen hat, besteht die Gefahr der Ausdünnung einzelner Linien nicht. Die Nachfrage hat sich schneller erholt als erwartet.

Von den 613 Bushaltestellen im Kanton Thurgau sind 509 noch nicht behindertengerecht ausgebaut. Für den behindertengerechten Ausbau von 148 Haltestellen gibt es Projekte, die bis Ende 2023 vom Kanton und den Gemeinden umgesetzt werden. Die übrigen 361 Haltestellen werden nach 2023 behindertengerecht umgebaut; es sei denn der behindertengerechte Ausbau wäre nicht verhältnismässig.

3110 Staatsarchiv

Erfreulicherweise nehmen jährlich immer mehr Gemeinden die Archivdienstleistung des Staatsarchives in Anspruch.

3210–3214 Amt für Informatik

Ein strategisches Ziel des Regierungsrates ist der starke Ausbau von elektronischen Behördendienstleistungen. Dies hat zur Folge, dass zusätzlich zu den knapp 4'000 Mitarbeiter/Innen der KVTG noch eine bedeutend grössere Anzahl Benutzer auf den kantonalen IT-Systemen aktiv wird.

Diese steigende Nachfrage nach IT Dienstleistungen erfordert strategische Massnahmen.

Der Leistungsauftrag des AFI umfasst Dienstleistungen zu Gunsten der gesamten kantonalen Verwaltung. Leistungen zu Gunsten von öffentlich-rechtlichen Körperschaften sind jedoch nur optional.

Es entstanden durch die Einführung vermehrter Homeoffice Praxis keine Mehrkosten, weil der IT-Arbeitsplatz gemäss kantonalen Richtlinien Sache der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist.

Die Projekte des Kompetenzzentrums Digitale Verwaltung haben ordentlich gestartet. Zwei Projekte wurden noch nicht planmässig gestartet.

- Die Harmonisierung der Webformulare wird nicht mehr auf Govis vorgenommen, sondern direkt im Digitalen Kundenshalter.
- Dieses Projekt konnte bisher aus Ressourcengründen nicht gestartet werden.

Die im Quartal 4/2022 startenden AFI Projekte werden nach der per 1. Januar 2022 in Kraft getretenen Informatikverordnung ausgeführt. Die ämterübergreifenden IT-Projekte werden ab Q1/2023 anhand des überarbeiteten Leitfadens für IT-Projekte erfolgen können.

Der Rahmenkredit über 2.25 Mio. CHF beinhaltet folgende Projekte:

- Initialisierung Digitaler Kundenshalter
- Web (Erneuerung des Webauftritts)
- TG Design System fürs Web
- Harmonisierung Web Formulare
- Intelligente Automation an massenhaften Gesuchen
- Elektronische Sammlung der Rechtserlasse des Kantons Thurgau
- IT Architektur Management
- Neugestaltung und angepasste Nutzung Adler
- eBau
- eID
- eSignatur
- Datenmanagement & Daten Architektur
- Blueprint Digitale Transformation AWA
- Projekt "Digitalisierter Bauernhof"

3310 Amt für Geoinformation

Der ÖREB-Kataster dient als Informations- und Planungsinstrument für die breite Bevölkerung und für Fachgruppen wie Planungs- und Architekturbüros, Bauunternehmen, das Immobilienwesen und Banken. Der bestehende ÖREB-Kataster wird inhaltlich und funktional erweitert.

3530–3545 Amt für Wirtschaft und Arbeit

Die aktuelle Tourismusstrategie ist seit dem Jahr 2021 in Kraft

Diese fungiert als Rahmen und gibt laufend Orientierung für strukturelle und inhaltliche Entwicklungen. Strukturell wurde die Organisationsentwicklung von Thurgau Tourismus (TGT) zur vollwertigen Destinationsmanagementorganisation (DMO) vorangetrieben.

Auf Januar 2023 wird das gesamte Kantonsgebiet, aufgeteilt in drei Regionen, bezüglich touristischem Produktmanagement und Tourist-Info von TGT abgedeckt. Die bisherigen regionalen Strukturen wurden entweder integriert oder passten ihren Leistungsumfang an lokale Service Public Aufgaben an.

Der für das Berichtsjahr 2023 budgetierte Aufwand für Beiträge an Verbände und Tourismusorganisationen ist gegenüber der Budgetperiode 2022 um Fr. 25'000 erhöht worden. Dabei ist der Beitrag an Thurgau Tourismus um Fr. 50'000 erhöht, im Gegenzug sind Beiträge für andere Organisationen um Fr 25'000 reduziert worden.

Es werden keine Gelder mehr aus dem Härtefall-Programm benötigt. Da die behördlichen Einschränkungen alle aufgehoben sind. Da es gegenwärtig keine Einschränkungen gibt, sind auch keine (weiteren) Unterstützungsmassnahmen auszurichten.

3610–3630 Landwirtschaftsamt

Am 13. April 2022 hat der Bundesrat die Parlamentarische Initiative 19.475 beschlossen. Die damit verbundenen neuen Direktzahlungsprogramme müssen im Datenmanagementsystem LAWIS sehr kurzfristig programmiert und abgebildet werden.

Der Bund stellt kein IT-Programm zur Ausrichtung der Direktzahlungen zur Verfügung. Die Programmierungen hatten bis zur Programmanmeldung Mitte August 2022 zu erfolgen.

Die Direktzahlungssumme des Bundes an die Kantone bleibt gleich. Aber die Programme werden differenzierter, um nicht zu sagen komplizierter.

Die Komplexität dieser neuen Direktzahlungsprogramme steigt. Der Detaillierungsgrad nimmt weiter zu. Insofern führen die neuen Beitragsprogramme zu einem erhöhten Kontrollaufwand. Durch die Kombination mit anderen Kontrollen ergeben sich Synergien, so dass weiterhin kostengünstige Kontrollen auf den Thurgauer Landwirtschaftsbetrieben angeboten werden können.

Der Regierungsrat hat am 21. Dezember 2021 der Einleitung eines Güterzusammenlegungsverfahrens für die erste Etappe der BTS zugestimmt. Mit dem gleichen RRB vergab der Regierungsrat die Ingenieurdienstleistungen zur Bereinigung des Vorprojektes an die Firma NRP Ingenieure AG, Amriswil. Das bereinigte Vorprojekt dürfte bis Ende 2023 fertiggestellt sein. Es dient als Grundlage für die Abstimmungen in den betroffenen Gemeinden über die Durchführung der Güterzusammenlegung.

3640–3710 Betrieb Arenenberg

Agroscope ist mit dem Standort Tänikon im Kanton Thurgau fest verankert. Das soll auch künftig so bleiben. Agroscope und der Kanton Thurgau haben kürzlich mit einer Vertragsverlängerung die Zusammenarbeit vor Ort langfristig bis Ende 2031 gefestigt. Die Schwerpunkte der landwirtschaftlichen Forschung von Agroscope auf dem Versuchsbetrieb in Tänikon liegen in der Digitalisierung und der ressourcenschonenden Produktion.

Die Zimmer des Arenenberges werden im kommenden Jahr saniert. Bereits dieses Jahr werden sogenannte Musterzimmer umgebaut.

Das Jahr 2021 war touristisch ein "spezielles" Jahr. Auslandsreisen waren nur unter erschwerten Bedingungen möglich und so haben viele Schweizer ihre Ferien in der Heimat verbracht. Das hat insbesondere auch dem Kanton Thurgau und auch dem Arenenberg zusätzliche Gäste beschert. Damit kann im Jahr 2023 nicht gerechnet werden. Zahlen von Thurgau Tourismus bestätigen die Rückgänge bereits fürs 2022.

3810 Amt für Energie

Für das Geschäftsjahr 2022 gilt die Dividendenvereinbarung zwischen dem Kanton Thurgau und der EKT Holding AG vom 4. September 2018. Für das Geschäftsjahr 2023 und fortfolgende muss diese neu verhandelt werden. Aufgrund der aktuellen geopolitischen Sicherheitslage, deren Auswirkungen auf die Energiemärkte und damit die EKT sind keine verbindlichen Aussagen zu zukünftigen Geschäftsabschlüssen möglich.

Die Nachfrage übersteigt die vorgesehenen Fördermittel von 1.2 Mio. Franken für das Jahr 2022 bei Weitem. Bis Ende September wurden 50 Fördergesuche für grosse Solarstromanlagen ohne, bzw. mit geringem Eigenverbrauch mit einer Leistung von gesamt ca. 10 MWp eingereicht.

Der Bund beabsichtigt, im Jahr 2023 nachzuziehen und die Förderung von grossen Solarstromanlagen ohne Eigenverbrauch auf nationaler Ebene anzubieten. Der Kanton Thurgau wird sein Förderprogramm dann aufgrund der gesammelten Erfahrungen anpassen und jene Bereiche unterstützen, die vom Bundesprogramm nicht oder nur ungenügend abgedeckt werden. Der Kanton Thurgau hat frühzeitig ein Förderprogramm für Stromspeicher aufgelegt, um beim zunehmenden Ausbau von Solarstromanlagen die Netzstabilität zu erhöhen.

3930–3940 Veterinäramt

Ukrainische Flüchtlinge, die zusammen mit ihren Haustieren in die Schweiz einreisen wollen, sind angehalten, die Tiere beim Veterinäramt anzumelden und den Tollwutimpfstatus zu deklarieren. Das Veterinäramt veranlasst die allenfalls erforderlichen zusätzlichen Massnahmen (Tollwutimpfung, Quarantäne etc.).

Bei den Primärproduktionskontrollen handelt es sich um die Kontrollen der Landwirtschaftsbetriebe mit mehr als drei Grossvieheinheiten (GVE), die von Gesetzes wegen mindestens einmal alle vier Jahre einer sog. "Grundkontrolle" zu unterziehen sind. "Zusätzlichen Kontrollen", die risikobasiert und ergänzend zu den Grundkontrollen durchzuführen sind.

Ein wichtiger Bestandteil der Reorganisation des Veterinäramts war die Überführung dieser Kontrolltätigkeit vom Landwirtschaftsamt ins Veterinäramt. Hierzu wurde die Abteilung "Primärproduktionskontrolle" aufgebaut, wozu per 1. Januar 2022 auch bisherige Fachkräfte des Landwirtschaftsamtes ins Veterinäramt übernommen wurden, so dass die Überführung sozialverträglich und ohne Entlassung von (teilweise langjährigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern) umgesetzt werden konnte.

Die Schweiz ist derzeit noch ASP-frei.

Als Grenzkanton mit einem relativ hohen Personen- und Warenverkehr und als Kanton mit der schweizweit drittmeisten Anzahl an Schweinebetrieben und einem hohen natürlichen Wildschweinebestand besonders exponiert ist.

Für die Prävention und Bekämpfung sind die notwendigen Vorbereitungsmassnahmen getroffen.

Finanzplan 2024–2026

Die Frage nach realistischen Alternativen muss zum jetzigen Zeitpunkt verneint werden. M365 ist in der Privatwirtschaft bereits weit verbreitet und entwickelt sich genauso wie die Microsoft Office Suite zu einem "Defacto-Standard".

Bischofszell, 4. November 2022

Die Subkommissionspräsidentin
Kantonsrätin Corinna Pasche-Strasser